militante Minderheit um Löwenthal aufzubringen.

Zehn Wochen nach dem Clinch ihres Moderators mit „Stern"-Chef Henri Nannen begann das Spektakel beim Mittagessen. In einer Redaktionskonferenz im Wiesbadener ZDF-Haus war soeben darüber diskutiert worden, ob man wohl einen Film über die Mahler-Baader-Meinhof-Gruppe für das „ZDF-Magazin" drehen solle.

Die Redakteure Günter Ederer, 29, Ekkehard Kuhn, 32, Dr. Hermann Kümhoff, 37, Knut Terjung, 30, sowie der freie Mitarbeiter Helmut Kamphausen, 46, spannen beim Boulettenessen in der Kantine den Faden weiter. „Magazin"-Mann und CDU-Mitglied Ederer wollte vom Kollegen Kamphausen wissen, wem er notfalls den Vorrang geben würde — der NPD oder den Jusos. „Ohne Zögern", notierte Kuhn später in einem Gedächtnisprotokoll, „entschied sich Herr Kamphausen für die NPD", die „ja nicht das Grundgesetz der BRD in Frage" stelle und „eine demokratische Partei" sei.

Auch Löwenthal-Gefolgsmann Hermann Kümhoff, CDU-naher Philologe und vom ersten Tag an beim ZDF, wählte nach einigem Zögern „dann schon lieber die NPD als das kleinere Übel". Und schließlich ging es noch um Griechenland oder Sowjet-Union.

Kamphausen erinnert sich: „Ich entschied mich für Griechenland. Aber niemals habe ich in dem Gespräch etwa gesagt, daß die NPD eine demokratische Partei sei." Gleichwohl lieferte das Frikadellen-Geplänkel den Vorwand, Gerhard Löwenthal den Kleinkrieg zu erklären.

In der Redaktionskonferenz am Donnerstag vorletzter Woche erbat Redakteur Dr. Günter Schubert, 41, Historiker und SPD-Mitglied (Löwenthal-Stellvertreter Wolfgang Weinert: „Schubert ist der Atomkern, die anderen sind die Atome"), von seinem Chef ein politisches Bekenntnis: „Uns geht es darum, ob eine derartige politische Gesinnung, wie sie sich in den Äußerungen der Herren Kamphausen und Dr. Kümhoff offenbart, in dieser Redaktion vertretbar ist und wie Sie sich als Redaktionsleiter dazu stellen."

Löwenthal stellte sich stur: „So könnt ihr mit mir nicht verfahren." Er nannte die beim Essen gestellte Frage nach der NPD und den Jusos „dumm und unzulässig" und lehnte es ab, sich „von einem Gespräch zu distanzieren, bei dem ich nicht dabei war und über das es verschiedene Versionen gibt".

Als der „Magazin"-Verwalter sich schließlich erkundigte: „Gibt es jemanden in diesem Raum, der Mitglied der NPD ist, der sich zur NPD bekennt, sich mit ihrem Gedankengut identifiziert?", marschierte SPD-Mann Schubert („Die Situation ist für mich unerträglich") zur Tür hinaus. Mit ihm zogen acht Männer und eine Frau, Redakteure und Mitarbeiter — darunter auch Jürgen R. Meyer, der für Löwenthal den Bevilacqua-Film gegen Henri Nannen recherchiert hatte.

Noch am selben Nachmittag formulierten die Aufrührer einen Brief an den ZDF-Intendanten Professor Karl Holzamer (CDU) und baten: Da Löwenthal es ablehne, möge er, Holzamer, „für unsere Redaktion und darüber hinaus für das ZDF" eine Distanzierung von den Äußerungen Kamphausens und Kümhoffs besorgen. „Die Unterzeichneten" — zwölf Löwenthal-Mitarbeiter, darunter neun Redakteure — „sind der Meinung, daß es keine Alternative, keine Fragestellung und keine Situation geben kann, die einem politischen Redakteur in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt eine Stellungnahme zugunsten der NPD gestattet".

Doch das Schreiben gelangte auf dem Dienstweg nur bis zum Schreibtisch des CDU-nahen Chefredakteurs Dietrich, der die Bittsteller beschwor, den Brief samt Inhalt noch einmal gemeinsam mit Löwenthal und der übrigen Redaktion zu überdenken. Öffentlich spielte Dietrich herunter: „Das sind scheißkleine Differenzen. Wo kämen wir hin, wenn jeder, der im Suff



Geheimsender-Leiter **Hoffmann**
Meldungen vom rollenden Reich

die Internationale singt, zur Rechenschaft gezogen würde."

Das Überdenken endete abrupt, als sich am Dienstag letzter Woche beim ZDF Journalisten nach dem Fernsehzwist erkundigten. Chefredakteur Dietrich drohte, von Paragraph acht des Manteltarifvertrages für Redakteure Gebrauch zu machen, nach dem jeder, der Interna außer Haus trägt, mit fristloser Entlassung rechnen muß.

Und noch am selben Tag ließ sich einer der aufmüpfigen Redakteure, Wolfram H. Pabel, vernehmen: „Herrn Löwenthals Verhältnis zur NPD ist für uns unbestritten. Sein Verhältnis zu den Rechtsradikalen ist hundertprozentig korrekt." Nach Pabel bekundeten auch andere Frondeure Loyalität.

Gleichwohl war es dem „Magazin"-Moderator nicht vergönnt, sich ob des Waffenstillstandes so recht zu freuen. Am letzten Donnerstag verlieh die Mainzer Anstalt für die bislang höchste Einzelspende zugunsten der „Aktion Sorgenkind" eine ZDF-Verdienstmedaille. Medaillenträger: Henri Nannen, Löwenthals ärgster Widersacher.

VERTRIEBENE

RUNDFUNK

Auftrag vom Chef

Absender waren Männer, die „sich selbst seit 25 Jahren treu geblieben sind" — wie Friedrich-Wilhelm Teschemacher, 57, Vertriebener aus Hinterpommern, Major des Zweiten Weltkrieges und nun Bauer auf dem 30-Hektar-Hof Eichhorst bei Plön im Ostholsteinischen.

Adressat war das „Königlich dänische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten" zu Kopenhagen: Bei Versicherung „ausgezeichneter Hochachtung" gab die „Notverwaltung des deutschen Ostens" — „Vereinigte Landesregierungen der selbständigen Länder Memelland, Ostpreußen, Westpreußen-Danzig, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Sudetenland, Südböhmen und Südmähren" — den Dänen am 28. Februar 1971 „Kenntnis" davon, „daß diesseits mit Wirkung vom heutigen Tage der Rundfunksender ‚Deutsches Reich' die Welle 102 UKW in Anspruch nimmt".

Auf einen Lieferwagen montiert, rollt das Deutsche Reich seither über Schleswig-Holsteins Küstenstraßen — nach Andeutung der Notverwalter von einem abgelegenen Ostseestrand-Plätzchen zum anderen, nach jüngster Peilung von Post- und Küstenfunkstellen aber auch entlang der Nordsee-Deiche Dithmarschens.

Zwar dauert es, so das Bundespostministerium, „etwas länger", den mobilen Sender einzukreisen. Doch schon am Mittwoch letzter Woche schnitt die norddeutsche Funkkontrollmeßstelle Itzehoe-Nordoe das Programm mit: Reden von einer Notverwaltungsveranstaltung Ende Februar in Godesberg und die Proklamation, daß „wir die Regierung des dritten deutschen Staates sind".

Freilich waren die Reichs-Töne nur schwach, und die Aufnahme gelang der Post nur Dank „der mit hohem Gewinn" (Fernmeldetechnisches Zentralamt Darmstadt) arbeitenden Itzehoer Antennen. Die Notverwalter selbst kurbelten bisher auf der Suche nach ihrem Sender vergeblich an den Rundfunkgeräten — denn laut Landwirt Teschemacher, Delegierter für das selbständige Land Pommern, waren beim Sendebetrieb „technische Schwierigkeiten" aufgetreten.

Daß es „nur Anfangsschwierigkeiten" sind, davon ist Teschemacher überzeugt; er baut auf einen „von uns als Chef geachteten Mann". Dieser Mann heißt Dr. Günter G. Hoffmann, ist Legationsrat außer Dienst und schart seit Ende der sechziger Jahre eine „Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer" (GOG) um sich, die nach eigenem Bekunden angeblich 500 000 Sympathisanten und „Mitarbeiter aus allen Parteien und Richtungen" (Teschemacher) hat: einen „ehemaligen Studiendirektor in Schleswig-Holstein, der noch bis vor einem Jahr SPD-Mitglied" war, ebenso wie „natürlich auch NPD-Leu-

te". Ende September letzten Jahres rief Hoffmann seine GOG-Gefolgschaft nach Bonn zu einer „Nationalversammlung der Länder des deutschen Ostens", in deren Verlauf sich dann die Notverwaltung des deutschen Ostens etablierte. Die Exil-Regierung, die sich als „Treuhänder des Deutschen Reiches" versteht, beanspruchte für die proklamierten zehn ostdeutschen Bundesländer 140 Sitze im Bundestag und schließlich auch eine eigene Rundfunkanstalt, deren Programm Teschemacher, Hoffmanns Vertrauensmann in Deutschlands Norden, sich so vorstellt: „Der Sender ‚Deutsches Reich' soll unzensierte Meldungen aus der ganzen Welt bringen, denn bei uns wird doch jetzt alles vorgesichtet, was in die Presse kommt."

Wahrheiten insbesondere über die Bonner „Ost-Politik der Rechtsbeugung" verspricht sich Teschemacher beispielsweise aus dem „amerikanischen oder russischen Rundfunk". Sprachkundige Notverwaltungsfreunde sollen deshalb solche Stationen mithören und Übersetzungen für Radio „Deutsches Reich" anfertigen.

Bei Bundesländern, so im Saarland, wo die Notverwaltung um eine Senderlizenz einkam, hatte sie keinen Erfolg, ebensowenig bei Verkehrs- und Postminister Leber, bei dem sie Ansprüche auf „unsere Heimatwellen" — die Frequenzen der Ost-Sender Königsberg, Breslau und Reichenberg, auf denen nun unter anderem Radio Luxemburg und Rias Berlin senden — anmeldeten.

So halfen sich die Abgewiesenen selbst. Die technischen Vorbereitungen nahm Hoffmann, unterstützt von einem „Funkentwicklungsingenieur", selbst in die Hand. Weltkrieg-II-Major Teschemacher wurde vom Chef beauftragt, „Geländeerkundung für den Sender durchzuführen".

„Weil wir unsere Tätigkeit legal ausüben" und um nicht mit der Länderrundfunkhoheit zu kollidieren, unternahm Reichs-Treuhänder Teschemacher die Geländeerkundung „unter dem Gesichtspunkt, daß der Sender sich außerhalb der Landeshoheit befinden soll, also in der Hoheit des Deutschen Reiches, von der die Bundesrepublik ein Teil ist".

Solche Voraussetzungen glaubt er am deutschen Meeresstrand gefunden zu haben, denn laut Teschemacher „handeln in der sogenannten Strandzone die Länder im Auftrag des Bundes". Das ist freilich eine rein private Rechtsauffassung.

Der Rundfunkrechtler und wissenschaftliche Assistent an der Universität Kiel, Dr. Günter B. Krause-Ablaß dagegen: „Es besteht kein Zweifel daran, daß das Landesgebiet ebensoweit wie das Bundesgebiet reicht."

Schlecht beraten waren die Notverwalter auch bei der Wahl des Adressaten für die Bekanntgabe der Okkupation der UKW-Frequenz 102 Megahertz durch das „Deutsche Reich". In Kopenhagen tagte die von ihnen in Dänemark vermutete Wellenkonferenz, auf der die Mittel- und Langwellenbereiche aufgeteilt wurden, zuletzt im Jahre 1948.

Otto Köhler

MARX IM OHR

Es war am letzten Oktober-Wochenende. In Eutin wurde der SPD-Landesvorsitzende Joachim Steffen zum Spitzenkandidaten für den Landtagswahlkampf gewählt. In Würzburg erprobte die Aktion Widerstand erstmals die Schlagkraft ihrer Argumente. In Eutin kränkte Steffen den Springer-Konzern als Interessenvertreter der „Reaktionäre". Durch Würzburg hallten die Parolen „Brandt an die Wand!"

Für „Die Welt" waren am darauffolgenden Montag die Vorgänge in Würzburg nur 22 Zeilen wert, in denen allein die Gegendemonstration als „heftig" gewertet wurde. Die Wahl des „autoritären Führers" der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten behandelten dagegen zwei „Welt"-Berichte mit 249 Zeilen. Au-



„Welt"-Karikatur (Hicks)
Des „roten Jochen" politischer Standort

ßerdem analysierte „Welt"-Chef Kremp das Geschehen von Würzburg und Eutin unter der verbindenden Überschrift „Radikalismus am Wochenende". Kremp entdeckte, daß die „Brandt an die Wand"-Parolen von Würzburg und Steffens Angriffe auf Pressemonopole in Wirklichkeit das gemeinsame „Duett der entgegengesetzten Gruppen" seien. „Politisch ernst zu nehmen" seien allerdings nicht die Töne von Würzburg, sondern die weit gefährlicheren Töne aus Eutin, denn „Steffen streitet für einen proletarischen Sozialismus" und gegen die „bürgerliche Welt". Die einzige Sorge, die Kremp aus Eutin und Würzburg erwuchs: der „unerbittliche Sozialismus ... im Falle eines Steffen-Sieges".

So arbeitet „Die Welt", seit die Sozialdemokraten Jochen Steffen wählten. Einem ganzseitigen CDU-Hofbericht („Helmut Lemke kann ein gutes Erbe übergeben") folgte am letzten Dienstag als Anti-Steffen-Aktion eine ganzseitige „Zusammenstellung von Selbstzeugnissen". Überschrift: „Der ‚rote Jochen', Prediger des Klassengegensatzes". Als „Selbstzeugnis" („Ich hob die 45er, und zwischen seinen Augen sprang ein roter Fleck auf") des Sozialdemokraten benutzt jetzt „Die Welt" sogar eine Satire gegen Krimi-Brutalität, die Steffen einmal für die „Welt der Arbeit" geschrieben hatte.

„Bild" wollte bei der Steffen-Bekämpfung nicht hintenanstehen. „Dieser Mann schadet uns allen", warnte am letzten Mittwoch das Schwester-Blatt der „Welt". Grund: Steffen hatte in einem dreistündigen Interview mit dem „Flensburger Tageblatt" die Frage beantwortet, welche Gefahr in der Bundesrepublik größer sei: die einer kommunistischen oder die einer faschistischen Machtübernahme. Eine kommunistische Machtübernahme hielt Steffen für unmöglich, weil dann nach dem Deutschland-Vertrag die Alliierten sofort eingreifen. In diesem Zusammenhang formulierte er, „daß realiter unter den Bedingungen des Deutschland-Vertrages bei uns nur das gegeben ist, was ich den ‚modernen Faschismus' nenne". Und: „Der Unterschied zur sowjetischen Intervention in der ČSSR besteht unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung der Führungsmächte doch nur darin, daß bei uns die alliierten Truppen da sind, während sie bei der ČSSR erst einmarschieren mußten."

Kunstvoll schälte „Bild" diese beiden Sätze aus dem Zusammenhang der Überlegung, ob bei uns eher die Möglichkeit einer kommunistischen oder einer faschistischen Machtübernahme gegeben sei. Die „Bild"-Präsentation wirkte so, daß auch die „Bild"-Leser im SPD-Parteivorstand glaubten: Steffen sagt, bei uns herrsche jetzt der Faschismus und die Anwesenheit der Alliierten sei so schlimm wie der Einmarsch der Russen in die ČSSR.

Beim Kampf gegen den „Ulbricht-Deutschen" — so Kremp über den stramm antikommunistischen Steffen — müssen sich Springer-Redakteure auch einen Kleinen Marx ins Ohr setzen. „Die Welt" berichtete über eine Podiums-Diskussion in Kiel, Steffen habe für eine vergesellschaftete Presse der Zukunft einen kollektiven Anzeigen-Pool gefordert. „Die Welt" formulierte: „Für Steffen ist es klar, daß sich der Pool ‚nach marxistischen Lehren zu richten' habe." Steffen forderte eine Gegendarstellung, weil er derlei nie gesagt habe. „Die Welt" schrieb seinem Rechtsanwalt: „Der Verfasser hatte zwar in seinem Stenogramm die Formulierung ‚marxistische Lehren' festgehalten, räumte aber ein, daß Ihr Mandant höchstwahrscheinlich ‚statistische Lehren' gesagt hat." „Welt"-Leser erfuhren freilich nur: „SPD-Politiker Steffen weist Darstellung zurück" — und dachten sich ihren Teil über Politiker-Dementis. Daß der „Welt"-Redakteur ausgerechnet hier Kummer mit seinem Ohr hatte, erfuhren sie nicht.